

Protokoll

**Landesdelegiertenkonferenz
und
außerordentlicher Landesparteitag**

**am 2. Februar 1980
in Bochum, Ruhrlanahalle**

SPD
NRW '80



Außerordentlicher Landesparteitag

**Beschlußprotokoll
über den außerordentlichen Landesparteitag der
SPD in NRW am Samstag, dem 2. Februar 1980, in
Bochum, Ruhrlandhalle, Beginn: 14.30 Uhr**

1. Eröffnung und Begrüßung

Rede von Antje Huber

Eröffnung und Begrüßung durch die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Antje Huber

„Liebe Genossinnen und Genossen,

wir kommen zum zweiten Teil des heutigen Tages, der der Beschlußfassung über unser Landeswahlprogramm dient. Ich eröffne hiermit den außerordentlichen Landesparteitag.“

Rede von Dov Ben Meir

Grußwort des Vorsitzenden der Histadrut im Bezirk Tel-Aviv-Jaffo Dov Ben Meir:

„Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bringe die Grüße im Namen der gesamten israelischen Arbeiterpartei und besonders ihrer Tel-Aviver Bezirksorganisation, die durch einen zehnjährigen Freundschaftsvertrag mit Euch verbunden ist.

Wir hoffen zuversichtlich, daß Ihr die Landtagswahlen im Mai gewinnen werdet als Vorzeichen des Sieges des deutschen Sozialismus bei den Bundestagswahlen im Oktober.

Der Kampf des internationalen Sozialismus um die politische Führerrolle in den demokratischen Städten der Welt ist nicht leicht und war von einer Menge von Rückschlägen und Niederlagen begleitet. Von uns mehr als von jeder anderen politischen Bewegung werden andauernde Bemühungen und unanfechtbare Erfolge gefordert, damit das Vertrauen der Wähler in den Sozialismus gesichert wird. Der Grund dafür ist wahrscheinlich, daß wir uns nicht nur an den einzelnen als solchen wenden, sondern mit ihm zusammen versuchen, die allgemeinen Ziele der sozialistischen Gerechtigkeit zu erlangen.

Oft fällt es den Individuen schwer, diese Zusammenhänge zu erkennen. Eine umfassende Erziehungsarbeit, Demokratisierung der Partei und eine führende, geistig hochstehende Schicht, die das persönliche Beispiel gibt, sind die Merkmale, die es uns ermöglichen, die Unterstützung und das Vertrauen des Volkes zu fördern.

Viele Jahre des Regierens können an diesen Grundlagen rütteln. Das geschah in Schweden und auch in Israel. Aber unser Problem in Israel ist ernster und auch psychologisch, denn in allen anderen Ländern gelang es der sozialistischen Bewegung, die rechten Parteien, die lange Zeit an der Regierung waren, abzulösen. Demgegenüber aber war in Israel die sozialistische Bewegung 44 Jahre an der Regierung, so daß wir es zum ersten Mal mit einer nicht-sozialistischen Regierung zu tun haben. Deshalb könnt Ihr bestimmt verstehen, daß die Politik dieser Regierung, die sich von allem, was

Gemeingut unserer Bewegung war und ist, abwendet und angreift, uns tagtäglich erschüttert.

Unsere Partei hat in diesen letzten zweieinhalb Jahren eine schwere Zeit durchgemacht. Aber wir können heute feststellen, daß wir die Krise überwunden haben und voller Zuversicht der Zukunft entgegensehen. Die Partei steht geschlossen hinter Shimon Peres. Viele treue Genossen schließen sich ihr an. Es werden ideologische Diskussionen geführt und eine umfassende Erziehungsarbeit geleistet. Die Meinungsforschungsumfragen sagen einen entsprechenden Wahlsieg der Partei voraus. Einen großen Anteil an diesem Wandel haben die Sympathien und die Solidarität der sozialistischen Parteien und vor allen Dingen der SPD bewirkt, die uns, wie auch die Sozialisten in Portugal und Spanien, unbeschränkt moralisch und materiell unterstützen.

Die besonderen Umstände zwischen unseren beiden Ländern und Völkern, sowohl zur Glanzzeit des deutschen Volkes wie auch nach dem Holocaust, sind bedeutungsvoll für die besonderen Beziehungen zwischen zwei sozialistischen Parteien, der SPD und der Israelischen Arbeiterpartei.

Es erfreut mich besonders, daß der Bezirk Tel Aviv der Arbeiterpartei bahnbrechend in dieser Beziehung war und dafür danke ich auch besonders Heinz Kühn, Werner Figgen und Horst Becker von der SBG, die den Grundstein dieser Partnerschaft gelegt haben.

Es freut mich außerordentlich, feierlich erklären zu können, daß eine Delegation Eurer Partei mit Johannes Rau an der Spitze in einigen Tagen zur Einweihung eines Familienzentrums und Kindergartens, nach Marie Juchacz benannt, deren Bau durch Eure finanzielle Hilfe ermöglicht worden ist, nach Tel Aviv kommen.

Im Namen der Arbeiterpartei Israels und Eurer vielen Freunde in Tel Aviv wünsche ich Euch eine gute und erfolgreiche Tagung.

Shalom!”

2.
**Konstituierung des
außerordentlichen Landesparteitages**

Konstituierung des außerordentlichen Landesparteitages

- a) Wahl des Präsidiums
- b) Wahl der Mandatsprüfungskommission

Es wurden vorgeschlagen und gewählt:

a) Mitglieder des Präsidiums:

Anke Brunn, Mittelrhein
Erdmann Linde, Landesvorstand
Ursula Kraus, Niederrhein
Hans Rohe, Ostwestfalen-Lippe
Werner Zeitler, Westliches Westfalen;

b) Mitglieder der Mandatsprüfungskommission:

Karl Mirus
Wilfried Mittelberg
Rainer Verhoeven.



**3.
Beschlußfassung
über Tagesordnung
und Geschäftsordnung**

Beschlußfassung über Tagesordnung und Geschäftsordnung

- a) **Tagesordnung**
- b) **Geschäftsordnung**

Nachstehende **Tagesordnung** wurde angenommen:

1. Eröffnung und Begrüßung durch die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Antje **Huber**;
2. Konstituierung des außerordentlichen Landesparteitages
 - a) Wahl des Präsidiums
 - b) Wahl der Mandatsprüfungskommission;
3. Beschlußfassung über
 - a) Tagesordnung
 - b) Geschäftsordnung;
4. Beratung des Landtagswahlprogramms und Beschlußfassung über die Anträge
Einleitung durch den stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Christoph **Zöpel**;
5. Schlußwort.

Nachstehende **Geschäftsordnung** wurde angenommen:

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die in den Bezirken bzw. Unterbezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Landesvorstandes.
2. Der Landesparteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
3. Die Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.
4. Fristgerecht eingereichte Anträge zum Landtagswahlprogramm von Organisationsgliederungen für den Landesparteitag werden vom Landesparteitag behandelt.

Initiativanträge zum Landesparteitag bedürfen der Unterstützung von 30 Delegierten aus zwei Bezirken. Antragsschluß für Initiativanträge ist der 2. Februar 1980, 15.00 Uhr.
5. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt fünf Minuten.
6. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort.
7. Berichterstatter können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt 5 Minuten.
9. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner für und gegen den Antrag gesprochen hat.
10. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.

4. Beratung und Beschlußfassung zum Landtagswahlprogramm



**Beratung des Landtagswahlprogramms und Beschlußfassung über die Anträge
Einleitung durch den stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Christoph Zöpel**

Christoph Zöpel:

„Liebe Genossinnen und Genossen,

der Landesvorstand legt diesem Parteitag, abgestimmt mit dem Landesauschuß, die Ergebnisse der programmatischen Vorbereitung auf den Wahlkampf und auf unsere Politik in der nächsten Legislaturperiode vor. Diese programmatische Vorbereitung ist absichtlich in zwei Vorlagen enthalten, einmal in dem Programm der SPD NRW für die 80er Jahre „Politik für unser Land“ und zweitens im Handlungsrahmen für die Einzelbereiche der Politik „Handeln für unser Land“. In diesem Handlungsrahmen wird dargestellt, wie die Ziele unseres Programms in konkrete landespolitische Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

Zu der Beschlußfassung sind wir folgender Auffassung:

Das Programm sollte mit den Änderungsanträgen abgestimmt werden. Der Handlungsrahmen sollte durch einen Beschluß dieses Parteitages zu einer Grundlage für die sozialdemokratische Politik in der nächsten Legislaturperiode in den einzelnen Bereichen und gleichzeitig auch als Grundlage für die wohl anstehenden Koalitionsverhandlungen erklärt werden. Wir meinen, daß dann beides eine ausreichende Verbindlichkeit hat für das Handeln der Gewählten in der nächsten Legislaturperiode.

Es ist die Frage aufgetaucht, in welcher Beziehung ein solcher von Sozialdemokraten vorgelegter Handlungsrahmen zu einem Nordrhein-Westfalen-Programm stehen kann. Ich möchte auch dazu einen Satz sagen. Wir haben auf dem Parteitag in Herne beschlossen, daß es eine vordringliche Aufgabe der Landespolitik sei, daß die Landesregierung wieder ein Nordrhein-Westfalen-Programm erarbeitet und daß diese eine der Hauptforderungen bei den Koalitionsverhandlungen sein muß. Diese Forderungen wiederholen wir im Wahlprogramm und die inhaltliche Grundlage für die einzelnen Maßnahmen, die dann in einem solchen Regierungsprogramm, einem solchen staatlichen Programm liegen können, sind erarbeitet in dem Handlungsrahmen, der vor Euch liegt.

Manche haben gefragt, warum diese Teilung unserer programmatischen Aussagen in zwei verschiedene Vorlagen notwendig sei. Wir haben darüber lange diskutiert und sind dann hinsichtlich des Wahlprogramms zu folgenden Erkenntnissen bzw. Meinungsbildungen innerhalb des Landesvorstandes und auch bei der Diskussion mit anderen gekommen:

Einmal sind wir der Auffassung, daß unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität selbstverständlich immer gelten und nicht die ganze Palette unserer Grundwerte deshalb in jeder Aussage wiederholt werden muß, was ja den Eindruck machen würde, als ob wir hier irgendetwas erneuern müssten.

Wir waren auch der Auffassung, daß ein Wahlprogramm kein Warenhauskatalog und kein Abhakregister ist. Das sind die Grundentscheidungen und Grundvorgaben, die wir getroffen haben. Davon ausgehend sind wir daran gegangen, festzulegen, was um der großen politischen Wirkung willen im Wahlprogramm stehen müsse. Es sind dies drei Dinge:

Einmal soll in einem solchen Wahlprogramm die entscheidende Frage stehen, um die es bei diesem Wahlkampf geht und die auch heute morgen zweimal deutlich gemacht worden ist von Johannes Rau und von Helmut Schmidt, daß es in allererster Linie darum geht, daß – und selten ist dies so deutlich gewesen – ein Land zu seiner bundespolitischen Verantwortung stehen muß, die im Grundgesetz festgelegt ist. Daß hier klargemacht werden muß, daß es auch darum geht, daß es keine CDU/CSU-Zweidrittelmehrheit im Bundesrat geben darf, die dann nicht mehr überstimmt werden kann vom Bundestag. Denn darauf zu hoffen, daß sich auch hier eine Zweidrittelmehrheit in unserem Sinne ergeben könnte, wäre wohl etwas vermessen.

Als zweites haben wir nach Themen gesucht, von denen wir glauben, daß sie die 80er Jahre bestimmen werden. Wichtig war, diese Themen zu finden, sie zu benennen und sie nur relativ knapp zu beschreiben. Über die vier Themen ist ausführlich gesprochen worden. Ich glaube, daß es kaum einen Themenbereich gibt wie z. B. Bedeutung der Technik für die Umwelt, an dem wir so gut deutlich machen können, daß es zwischen den Interessen derjenigen, die um ihren Arbeitsplatz fürchten und den Interessen derjenigen, die um die Umwelt fürchten, gar keinen richtigen Gegensatz gibt. Dafür gibt es handgreifliche Beispiele.

Das zweite Thema ist der Bereich der Toleranz, der Offenheit, der Liberalität des mündigen Bürgers, das dritte der Bereich der Familie, Frau und Kinder, und das vierte, vor Afghanistan gewählt, aber wir haben wohl den richtigen politischen Instinkt gehabt, der Bereich des Friedens und der Zusammenarbeit mit der Dritten Welt.

Es ging uns darum, diese vier großen Themenbereiche zu beschreiben, sie zu benennen und in die Diskussion zu bringen. Ich glaube, daß dies gelungen ist. Wer heute die Reden von Johannes Rau und Helmut Schmidt richtig fand, der wird bestätigen müssen, daß damit die Themen gesucht und gefunden wurden, über die wir

ständig reden müssen. Da sind Probleme, die noch nicht alle gelöst sind. Der eine oder andere sagt, daß die Antworten nicht ausreichen. Für Sozialdemokraten ist es aber nichts Neues, daß wir bereit sind, Fragen der Zukunft unserer Gesellschaft anzusprechen und zu diskutieren, ohne das die perfektionistische Lösung schon gefunden ist. Dies gehört zu den Lehren der letzten zehn Jahre.

Der dritte Punkt war, darauf zu achten, wo wir in diesem Wahlkampf mit der CDU Streit bekommen, damit wir am Einzelfall des politischen Entscheidens deutlich machen können; hier ist die Position der Sozialdemokraten, dort ist die Position der CDU. Daraus entwickeln sich acht Themen; die Antragskommission hat ein neuntes Thema hinzugenommen. Es sind dies die Themen in den Kästchen. Man kann heute schon sagen: In der politischen Diskussion draußen und im Landtag in den letzten Wochen zeigt sich deutlich, daß wir damit richtig liegen. Biedenkopf ist darauf eingestiegen, daß wir sagen: „wir übernehmen die Verantwortung für die Vollbeschäftigungspolitik“ und er sagt Nein. Wir haben in der Frage des kommerziellen Rundfunks die Kontroverse und so gilt es für die anderen Punkte auch.

Ich hoffe, daß ich damit die strategische Intention dieses Programms darlegen konnte. Selbstverständlich dürfte dies nicht bedeuten, daß wir die vielen guten Leistungen der Sozialdemokraten in Einzelbereichen der Politik nicht darlegen und auch verschweigen, wie diese Leistungen in den Einzelbereichen in der Politik fortzuführen sind. Dazu ist der Handlungsrahmen vorgelegt worden, über den diskutiert werden soll und kann.

Eine letzte Bemerkung noch zu einem Argument, das wir hin und wieder hören: es wäre nicht genügend Zeit zur Diskussion gewesen. Dem kann man generell nicht unbedingt widersprechen, nur

bitte ich, zwei Dinge zu akzeptieren. Erstens: Wir konnten an die programmatische Arbeit, die diesen strategischen Stellenwert hatte, nicht herangehen vor den Kommunalwahlen, weil wir die Ergebnisse abwarten mußten, um zu sehen, wie die Stimmung, wie das Wählerverhalten ist. Das Programm konnte auch nicht vorgelegt werden vor den Entscheidungen des Bundesparteitages von Berlin. Ich bitte Euch, einmal die Passagen zur Energiepolitik anzuschauen. Wer sich das überlegt, wird Verständnis für uns haben.

Das Ergebnis der Diskussionen in den Ortsvereinen und Unterbezirken zeigt, daß dort, wo man sich darauf eingestellt hat, auch hervorragende zusätzliche Anregungen gekommen sind und die Antragskommission dazu eine Menge aufgenommen hat zur Jugendpolitik, zur Ausländerpolitik, zur Rolle der Polizei, wichtige Beispiele für Themen, die auch nach Meinung des Landesvorstandes in dieses Programm noch aufgenommen werden sollten. Ich meine, daß die Zeit knapp war, aber von vielen Ortsvereinen und Unterbezirken gut genutzt worden ist.

Ich bitte, nach der Diskussion und eventuellen weiteren Verbesserungen des Programms mit den vier Schwerpunktthemen und den neun Streitpunkten hinauszugehen in den Wahlkampf. Dort wird sich bewähren, ob wir die richtigen Fragen und Themen gefunden haben.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit."

Dem Verfahrensvorschlag zur Behandlung des Wahlprogramms und des Handlungsrahmens durch den Parteitag wurde nicht widersprochen. Entsprechend erfolgte die Beratung und die Annahme des Initiativantrages Nr. 1.

Antragsspiegel

Teil A) Anträge zum Landtagswahlprogramm und Handlungsrahmen (Antragsnummern 1 bis 51)

Antrag-Nr. Antragsteller	Betreff	Beschluß	Antrag-Nr. Antragsteller	Betreff	Beschluß
1 UB Rheinberg	Landtagswahlprogramm Zurückverweisung an LV.	Nichtbefassung.	6 UB Duisburg	Landtagswahlprogramm Systematik	Erledigt durch Ablehnung Antrag 4.
2 UB Bielefeld	Landtagswahlprogramm Verspätete Zustellung.	Ablehnung.	7 UB Bielefeld	Landtagswahlprogramm zu I/Aufgaben der 80er Jahre	Annahme in der Fassung der Antragskommission.
3 UB Duisburg	Landtagswahlprogramm Vorwort	Annahme des ersten Teils des Antrags (Vorwort). Die Intentionen des zweiten Teils werden in das Vorwort eingearbeitet.	8 QVRheda- Wiedenbrück	Landtagswahlprogramm zu I/Aufgaben der 80er Jahre	Überweisung an Landesvorstand und Landesausschuß zur Beachtung im Handlungsrahmen.
4 UB Duisburg	Landtagswahlprogramm Systematik.	Ablehnung.	9 QV Dortmund- Kaiserhain	Landtagswahlprogramm Ziff. 1/ Für unser Land NRW	Erledigt durch Annahme Antrag 10.
5 UB Duisburg	Landtagswahlprogramm Systematik	Erledigt durch Handlungsrahmen- Entwurf.	10 QV Dortmund- Huckarde-Ost	Landtagswahlprogramm Ziff. 1/ Für unser Land NRW	Annahme.



Antragsspiegel

Antrag-Nr. Antragsteller	Betreff	Beschluß	Antrag-Nr. Antragsteller	Betreff	Beschluß
21 UB Bielefeld	Landtagswahlprogramm Ziff. 3.3.1/ Energiepolitik	Ablehnung.	34 OV Bonn-Nord	Landtagswahlprogramm Ziff. 5.1/Gleichberechtigung der Frau	Annahme in der Fassung der Antragskommission.
22 OV Dortmund-Huckarde-Ost	Landtagswahlprogramm Ziff. 3.3.1/ Energiepolitik	Ablehnung.	35 OV Bonn-Nord	Landtagswahlprogramm Ziff. 5.3/ Für unsere Kinder	Annahme in der Fassung der Antragskommission.
23 UB Bielefeld	Landtagswahlprogramm Ziff. 3.3.1/ Energiepolitik	Annahme in der Fassung der Antragskommission.	36 UB Bielefeld	Landtagswahlprogramm Ziff. 5.4/Für die Gesamtschule	Annahme in der Fassung der Antragskommission mit Ergänzung.
24 OVRheda-Wiedenbrück	Landtagswahlprogramm Ziff. 3.3.2/ Medienpolitik	Ablehnung.	37 OV Vlotho	Landtagswahlprogramm Ziff. 5.4/Für die Gesamtschule	Erledigt durch Annahme Antrag 36.
25 OV Rheda-Wiedenbrück	Landtagswahlprogramm Ziff. 4/Für freie und mündige Bürger	Nichtbefassung.	38 UB Dortmund	Landtagswahlprogramm Ziff. 5	Erledigt durch Annahme Antrag 16.
26 OV Dortmund-Kaiserhain	Landtagswahlprogramm Ziff. 4/Für freie und mündige Bürger	Erledigt durch Annahme Antrag 10.	39 Bezirk Niederrhein	Landtagswahlprogramm Ziff. 5.5/Wohnen	Annahme in der Fassung der Antragskommission.
27 OV Dortmund-Huckarde-Ost	Landtagswahlprogramm Ziff. 4/Für freie und mündige Bürger	Annahme in der Fassung der Antragskommission.	40 Bezirk Niederrhein	Landtagswahlprogramm Ziff. 5.5/Wohnen	Annahme.
28 UB Duisburg	Landtagswahlprogramm Ziff. 4/Für freie und mündige Bürger	Annahme in der Fassung der Antragskommission.	41 OV Dortmund-Huckarde-Ost	Landtagswahlprogramm Ziff. 5.5/Wohnen	Ablehnung.
29 UB Dortmund	Landtagswahlprogramm Ziff. 4/Für freie und mündige Bürger.	Annahme in der Fassung der Antragskommission.	42 Bezirk Niederrhein	Landtagswahlprogramm Ziff. 5.5/Wohnen	Annahme.
30 OV Dortmund-Kaiserhain	Landtagswahlprogramm Ziff. 4/Für freie und mündige Bürger	Erledigt durch Annahme Antrag 29.	43 UB Dortmund/ OV Dortmund-Kaiserhain	Landtagswahlprogramm Ziff. 6.2/Solidarität mit den armen Völkern	Annahme.
31 UB Bielefeld	Landtagswahlprogramm Ziff. 4/Für freie und mündige Bürger	Annahme in der Fassung der Antragskommission.	44 OVe Köln-Süd/ Neustadt, Köln-Dellbrück	Landtagswahlprogramm Teil II	Erledigt durch Handlungsrahmen-Entwurf.
32 UB Münster	Landtagswahlprogramm Ziff. 4/Für freie und mündige Bürger	Annahme.	45 OV Issum	Landtagswahlprogramm Teil II	Erledigt durch Handlungsrahmen-Entwurf.
33 OV Bonn-Nord	Landtagswahlprogramm Ziff. 5/Für Gleichberechtigung der Frau ...	Annahme.	46 UB Dortmund/ OV Dortmund-Kaiserhain	Landtagswahlprogramm Teil II, 1	Annahme.
			47 OV Dortmund-Huckarde-Ost	Landtagswahlprogramm Teil II, 1	Annahme.



Antrag-Nr. Antragsteller	Betreff	Beschluß	Antrag-Nr. Antragsteller	Betreff	Beschluß
11 UB Duisburg	Landtagswahl- programm Ziff. 3/Für sichere Arbeitsplätze ...	Annahme.	16 UB Duisburg	Landtagswahl programm Ziff. 3.2/ Humane Umwelt ...	Annahme in der Fassung der Antrags- kommission.
12 OV Dortmund- Kaiserhain	Landtagswahl- programm Ziff. 3/Für sichere Arbeitsplätze ...	Annahme.	17 UB Dortmund	Landtagswahl- programm Ziff. 3.2/ Humane Umwelt ...	Annahme in der Fassung der Antrags- kommission.
13 OV Dortmund- Huckarde-Ost	Landtagswahl- programm Ziff. 3.1/Sichere Ar- beitsplätze für alle ...	Ablehnung.	18 UB Bielefeld	Landtagswahl- programm Ziff. 3.2/ Humane Umwelt ...	Annahme in der Fassung der Antrags- kommission.
14 UB Bielefeld	Landtagswahl- programm Ziff. 3.1/Sichere Arbeitsplätze für alle	Ablehnung.	19 UB Duisburg	Landtags- programm Ziff. 3.3.1/ Energiepolitik	Annahme in der Fassung der Antrags- kommission.
15 UB Duisburg	Landtagswahl- programm Ziff. 3.1/Sichere Arbeitsplätze für alle Ziff. 3.3./Technik muß dem Menschen dienen	Ablehnung.	20 OV Rheda- Wiedenbrück	Landtagswahl- programm Ziff. 3.3.1/ Energiepolitik	Ablehnung.



Teil B) Sonstige Anträge (Antragsnummern 101 bis 117)

Antrag-Nr. Antragsteller	Betreff	Beschluß	Antrag-Nr. Antragsteller	Betreff	Beschluß
48 UB Bielefeld	Landtagwahlprogramm Teil II	Annahme in der Fassung der An- tragskommission.	101 UB Bottrop	Änderung der Gemeindeordnung	Überweisung an den Landesvorstand mit der Maßgabe der Berichterstattung im Landesausschuß.
49 OV Höxter	Landtagswahl- programm Teile II.1 und II.2	Erliegt durch Handlungsrahmen- Entwurf.	102 UB Bottrop	Ausgleich für die aus- gefallene Lohn- summensteuer auch nach 1982	"
50 Bezirk Niederrhein	Landtagswahl- programm II.2/Die Finanzen müssen stimmen	Annahme in der Fassung der Antrags- kommission.	103 UB Bottrop	Kommunalwahlgesetz	"
51 OV Essen- Gerschede	Landtagswahl- programm II.3/Unsere Leistungen fortsetzen	Erliegt durch Annahme Antrag 7.	104 OVe Veibert, Neviges, Langenberg	Steuerpaket- Problematik	"
Das Landtagwahlprogramm wurde mit diesen Änderungen ein- stimmig bei einer Enthaltung beschlossen.			105 UB Bottrop	Entwurf eines Bundesberggesetzes	"

Antragsspiegel

Antrag-Nr. Antragsteller	Betreff	Beschluß
106 UB Dortmund	Entwurf des Bundesberggesetzes	"
107 UB Bottrop	Mietenpolitik/ Wohnungsbau	"
108 UB Solingen	Förderung des sozialen Miet- wohnungsbaus	"
109 UB Bottrop	Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau	"
110 UB Bielefeld	Bildungspolitik in NRW	"
111 UB Bielefeld	Ausgestaltung der verlängerten Pflicht- schulzeit	"
112 UB Bielefeld	Verpflichtung zur Ausbildung	"
113 UB Bielefeld	Gesamtschule als Regelschule	"
114 UB Solingen	Schülerpressegesetz	"
115 UB Solingen	Mitbestimmung nach dem Sparkassen- gesetz NW	"
116 OV Kleve- Kranenburg	Reform des Straßen- und Straßenverkehrs- rechtes	"
117 OV Kleve- Kranenburg	Risiken der Kernenergie	"
Initiativ-Anträge		
1 Landesvorstand	Handlungsrahmen	Annahme mit Ergänzung.
2 Landesvorstand	Landtagswahl- programm	Annahme.
3 Landesvorstand	Landtagswahl- programm	Annahme.
4 Seipold u. andere	Schulunterricht für Kinder ausländischer Arbeitnehmer	Überweisung an den Landesvorstand mit der Maßgabe der Berichterstattung im Landesausschuß sowie Überweisung an die Landtagsfraktion.
EntschlieÙung	Radiothek	Annahme.

siehe auch: Landtagswahlprogramm
 Wortlaut der überwiesenen Anträge 101 bis 117
 Wortlaut der beschlossenen Initiativ-Anträge 1 bis 3
 Wortlaut des überwiesenen Initiativ-Antrages 4
 Wortlaut der EntschlieÙung

Wortlaut der überwiesenen Anträge 101 bis 117

Antrag-Nr.: 101
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Bottrop
Betreff: Änderung der Gemeindeordnung

§ 35 Abs. 3 und 4 Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. 10. 1979 wird dahin geändert, daß die Wahlstellen für die Besetzung von Ausschüssen nach der Reihenfolge der Höchstzahl verteilt werden, die sich durch Vollrechnung, Halbteilung, Drittelung, Viertelung usw. ergeben. Diese Regelung ist auch auf die Fälle anzuwenden, in denen der Rat mehr als zwei gleichartige Stellen in anderem Zusammenhang zu besetzen hat.

Diese Regelung soll ebenfalls für die Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Sparkasse gemäß § 10 Sparkassengesetz gelten.

Antrag-Nr.: 102
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Bottrop
Betreff: Ausgleich für die ausgefallene Lohnsummensteuer auch nach 1982

Die Landtagsfraktion und die Landesregierung werden aufgefordert sicherzustellen, daß den von der Abschaffung der Lohnsummensteuer betroffenen Gemeinden auch nach 1982 ein angemessener Ausgleich für die ausgefallene Lohnsummensteuer gewährt wird.

Antrag-Nr.: 103
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Bottrop
Betreff: Kommunalwahlgesetz

§ 33 Abs. 3 Kommunalwahlgesetz in der Fassung vom 8. 1. 1979 wird dahin geändert, daß die Sitze nach der Reihenfolge der Höchstzahlen verteilt werden, die sich durch Vollrechnung, Halbteilung, Drittelung und Viertelung usw. ergeben.

Antrag-Nr.: 104
Antragsteller: SPD-Ortsvereine Velbert, Neviges, Langenberg
Betreff: Steuerpaketproblematik

Bei der Behandlung der sogenannten „Steuerpaket“-Problematik ist auf „soziale Ausgewogenheit“ zu achten, um noch mehr als im Vorjahr eine Verbesserung der sozialen Situation der „kleinen Leute“ – auch steuerpolitisch zu erreichen.

Antrag-Nr.: 105
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Bottrop
Betreff: Entwurf eines Bundesberggesetzes

Die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen wird aufgefordert, im Bundesrat zum Entwurf eines Bundesberggesetzes dafür einzutreten, daß

1. Betriebsplanverfahren, die
 - a) obertägige Anlagen – insbesondere Bergehalden und Bergetransporte im Zusammenhang damit –
 - b) Zwischennutzungen stillgelegter aber noch der Bergaufsicht unterliegender Anlagen und
 - c) den Abschluß nach endgültiger Stilllegung betreffen, des Einvernehmens der Gemeinde bedürfen,
2. bei öffentlichen Verkehrsanlagen auch die Kosten für Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen in vollem Umfange vom Bergwerksunternehmen zu tragen sind.

Antrag-Nr.: 106
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Dortmund
Betreff: Entwurf des Bundesberggesetzes

Die im Entwurf des Bundesberggesetzes vorgesehene „Beteiligung“ der Gemeinden bei Betriebsplanverfahren des Bergbaus wird so geändert, daß das „Einvernehmen“ mit der Gemeinde herzustellen ist.

Antrag-Nr.: 107
Antragsteller: SPD-Unterbezirk
Betreff: Mietenpolitik/Wohnungsbau

Die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung werden aufgefordert, der Sicherung der Mieten, der Fortsetzung des sozialen Wohnungsbaues und der Sanierung von Wohngebieten im Bereich stillgelegter Schachtanlagen absolute Priorität einzuräumen. Folgende Maßnahmen sind dabei zu ergreifen:

1. Für 1980 ist ein gezieltes Wohnungsbauprogramm für Mietwohnungen für Großstädte aufzulegen. Die Anzahl der im Wohnungsbauprogramm des Landes geförderten Wohnungseinheiten ist um weitere 2.000 Einheiten anzuheben.
2. Die Erfüllung des vom Landtag beschlossenen Wohnungsbauprogramms von 19.500 Wohnungseinheiten ist sicherzustellen.
3. Die Förderung der Modernisierung ist so auszugestalten, daß der damit verbundene Mietanstieg vertretbar bleibt. Die Förderungssystematik muß dem Bund-Länder-Programm angeglichen werden.
4. Dem durch Abbau der Aufwendungsdarlehen und Zuschüsse bedingten – teilweise sprunghaften – Mietanstieg ist durch geeignete Streckung des Abbaus zu begegnen.
5. Eine Anhebung der Mietobergrenze über einen Betrag von 5,30 DM hinaus wird abgelehnt.
6. Zur Sanierung von Wohngebieten im Bereich stillgelegter Schachtanlagen sind neben der bevorzugten Bereitstellung von Städtebauförderungsmitteln Bergarbeiterwohnungsbaumittel zur Verfügung zu stellen.

Antrag-Nr.: 108
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Solingen
Betreff: Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus

Die SPD setzt sich für eine nachhaltige Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus ein. Die Mittel für Modernisierungsmaßnahmen müssen aufgestockt und gezielter eingesetzt werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, diese Mittel vordringlich in Ballungskerne zu geben.

Antrag-Nr.: 109
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Bottrop
Betreff: Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden aufgefordert, die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau namhaft anzuheben und der Einkommensentwicklung dynamisch anzupassen. Dasselbe gilt für die Bezüge aus dem Wohngeldgesetz.



Antrag-Nr.: 110
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Bielefeld
Betreff: Bildungspolitik in NRW

Landtagsfraktion und Landesvorstand werden aufgefordert, in der kommenden Legislaturperiode entschlossener als bisher für folgende Forderungen einzutreten:

- Beibehaltung des Stufenlehrerkonzepts ohne die jüngsten Verwässerungen der Reform (vgl. Novelle zum Lehrerausbildungsgesetz, Sommer 1979);
- Ausweitung des erziehungswissenschaftlichen Anteils entsprechend den ursprünglichen Zielen des Lehrerausbildungsgesetzes;
- Festhalten an der Fach-zu-Fach-Zuordnung bei der Integration der Pädagogischen Hochschule in die Universität;
- keine Verlängerung der Referendarzeit ohne Inhaltliche Verbesserung;
- keine besoldungsmäßige Benachteiligung des Stufenlehrers gegenüber dem traditionell ausgebildeten Lehrer.

Antrag-Nr.: 111
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Bielefeld
Betreff: Ausgestaltung der verlängerten Pflichtschulzeit

Der Kultusminister des Landes NRW wird aufgefordert, inhaltliche Voraussetzungen zur Ausgestaltung der verlängerten Pflichtschulzeit zu treffen:

- Grundsätzlich muß jedem Schüler die Möglichkeit eröffnet werden, die Sekundarstufe I mit dem Abschluß der Fachoberschulreife beenden zu können.
- Der erfolgreiche Abschluß nach Klasse 10 muß für alle Schulformen der Sekundarstufe I (Sonderschule) gleichwertig sein.
- Durch fächerübergreifende Projekte und Wahldifferenzierung wird sichergestellt, daß allgemeinbildende und berufsbezogene Inhalte gleichqualifizierend sind.
- Für leistungsschwächere Schüler und für lern-langsamere und/oder motivationsgestörte Schüler müssen geeignete Förder-, Stütz- und Angleichungsmaßnahmen ermöglicht werden.
- Es ist anzustreben, eine curriculare Einheit vom 7. - 10. Schuljahr herzustellen. Das 10. Schuljahr darf nicht als bloßes erweitertes oder gar wiederholendes 9. Schuljahr gestaltet werden.
- Bereits mit Beginn des 7. Schuljahres werden Probleme der modernen Arbeitswelt und der zunehmenden Technologisierung sowie Fragen der Humanisierung in einem Lernbereich Technik/Wirtschafts-Arbeitslehre verpflichtende Unterrichtsinhalte für **alle** Schüler.
- Die Schuljahre 9 und 10 wenden sich in allen Schulformen verstärkt Inhalten der Berufsorientierung und Berufsfindung zu.
- Es ist anzustreben, in den Schuljahren 9 und 10 **jeweils** ein schulisch vorbereitetes und gelenktes Berufspraktikum durchzuführen. Es wird z. B. als Alternativpraktikum im 9. Schuljahr im Bereich Handel/Verwaltung/Dienstleistung und im 10. Schuljahr im Bereich Produktion/Verwaltung angeboten.

Antrag-Nr.: 112
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Bielefeld
Betreff: Verpflichtung zur Ausbildung

Die SPD in NRW setzt sich dafür ein, daß für alle Jugendlichen, die das 10. Pflichtschuljahr besucht haben und keinen Ausbildungsplatz erhalten, das Land Nordrhein-Westfalen die Verpflichtung der Ausbildung übernimmt und durch Einrichtung von staatlichen Ausbildungsplätzen – wie es vereinzelt schon jetzt geschieht – ermöglicht.

Industrie und Handel dürfen bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen nicht aus der Verantwortung entlassen werden.

Antrag-Nr.: 113
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Bielefeld
Betreff: Gesamtschule als Regelschule

Der außerordentliche Landesparteitag setzt sich dafür ein, daß in der nächsten Legislaturperiode des Landtags von NRW die Gesamtschule als Regelschule neben dem herkömmlichen Schulsystem eingeführt wird.

Die Gesamtschule hat sich in folgenden Hinsichten bewährt:

1. Sie schafft Lehrern und Eltern gegenüber dem herkömmlichen Schulsystem einen größeren Spielraum zur sozialen Erziehung der Kinder.
2. Sogar nach den herkömmlichen Leistungskriterien ergibt sich bei der Gesamtschule
 - a) im Bereich der Hauptschulabschlüsse ein günstigeres Bild. Fast jeder Schüler erreicht den Hauptschulabschluß, auch der Prozentsatz der Schüler mit qualifiziertem Hauptschulabschluß liegt deutlich höher als bei der herkömmlichen Hauptschule;
 - b) im Bereich der Realschule- und Abiturabschlüsse kein ungünstigeres Bild als für das herkömmliche Schulsystem.

Hinzu kommt, daß die herkömmlichen Leistungskriterien die soziale Seite der Erziehung, d. h. die Befähigung zu sozialem Handeln, nicht berücksichtigen. Die fast ausschließliche Orientierung des herkömmlichen Schulsystems an einer verengten Leistungs-ideologie führt häufig genug zu einer Gefährdung des familiären Raums.

Eine Gesamtschule ist überall dort am Platze, wo sie von Eltern gemeinsam gewollt und getragen wird.

Antrag-Nr.: 114
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Solingen
Betreff: Schülerpressegesetz

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Schülerpressegesetz in die parlamentarische Beratung einzubringen. Dabei ist der Entwurf der Bundesarbeitsgemeinschaft der jugendeigenen Zeitschriften „Deutsche Jugendpresse“ und der Jungsozialisten zu berücksichtigen.

Antrag-Nr.: 115
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Solingen
Betreff: Mitbestimmung nach dem Sparkassengesetz NW

Nachfolgende Änderungen sind im Sparkassengesetz NW durchzusetzen:

1. Der Anteil der von der Belegschaft gewählten Vertreter im Verwaltungsrat der Sparkasse wird entsprechend unseren Vorstellungen von paritätischer Mitbestimmung auf 50 % heraufgesetzt.
2. Es ziehen diejenigen Belegschaftsmitglieder in den Verwaltungsrat ein, die entsprechend dem Wahlergebnis durch die Belegschaft die meisten Stimmen erhalten haben.

Antrag-Nr.: 116
Antragsteller: SPD-Ortsverein Kieve-Kranenburg
Betreff: Reform des Straßen- und Straßenverkehrsrechtes

Landtags- und Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß durch eine Reform des Straßen- und Straßenverkehrsrechtes (u. a. StVO und LStrG) ausreichende Möglichkeiten geschaffen werden, Bundes-, Kreis- und Gemeindestraßen für den Durchgangsverkehr – besonders für den LKW-Verkehr – im Bereich einer Ortsdurchfahrt zu sperren, wenn zumutbare Umgehungsstraßen zur Verfügung stehen.

Antrag-Nr.: 117
Antragsteller: SPD-Ortsverein Kieve-Kranenburg
Betreff: Risiken der Kernenergie

Landtags- und Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich auf Landes- und Bundesebene dafür einzusetzen, daß die Bevölkerung **umfassend** auch über die Risiken der Kernenergie **und** über die Möglichkeiten der Energieeinsparung aufgeklärt wird.

Ferner müssen wesentlich stärker als bisher die Erforschung und Erprobung von Möglichkeiten alternativer Energiegewinnung und von Möglichkeiten der Energieeinsparung gefördert werden (u. a. durch stärkere Subventionierung).

Wortlaut der angenommenen Initiativ-Anträge 1 bis 3

Initiativ-Antrag Nr. 1

Antragsteller: Landesvorstand
Betreff: Handlungsrahmen

Das Programm der SPD Nordrhein-Westfalen für die 80er Jahre enthält die wesentlichen Zielsetzungen und Grundvorstellungen der Sozialdemokraten in NRW. Daneben sind der Handlungsrahmen und die Beschlüsse der Partei Grundlagen für den sozialdemokratischen Beitrag für das Regierungsprogramm der nächsten Legislaturperiode.

Die den Handlungsrahmen betreffenden Anträge sind bei der Endfassung zu berücksichtigen.

Initiativ-Antrag Nr. 2

Antragsteller: Landesvorstand
Betreff: Landtagswahlprogramm, Seite 6, 3.2.

Auf Seite 6, 3.2, ist nach dem 2. Absatz anzufügen:

„Deshalb muß die politische Verantwortung für Umweltschutz innerhalb der Landesregierung auch nach außen deutlicher gemacht werden.

Bürger und Verbände, die sich für den Umweltschutz einsetzen, sollen – wie andere gemeinnützigen Bestrebungen – Anspruch auf staatliche Förderung haben.“

Initiativ-Antrag Nr. 3

Antragsteller: Landesvorstand
Betreff: Landtagswahlprogramm, Seite 9, 4.,

Auf Seite 9, 4., soll der dritte Absatz wie folgt lauten:

„Wir achten die Rolle der Kirchen und deren wichtige Aufgaben auch im gesellschaftlichen Bereich.“

Auf Seite 9,4., soll der vierte Absatz an den nächstfolgenden Absatz angehängt werden.

Der 1. Absatz im Kästchen soll lauten:

„Wir Sozialdemokraten haben durchgesetzt, daß das überkommene Moralstrafrecht abgeschafft wurde. Ferner haben wir zum besseren Schutz von ungeborenem Leben den § 218 StGB reformiert. Nicht alles, was aus religiösen oder ethischen Gründen abgelehnt wird, muß der Staat bestrafen.“

Wortlaut des überwiesenen Initiativ-Antrages 4

Betreff: Ausländerpolitik
hier: Schulunterricht für Kinder ausländischer Arbeitnehmer

Der Parteitag appelliert an den Vorstand, sich in nächster Zeit mit der Ausländerproblematik zu beschäftigen. Auf den verabschiedeten Antrag Nr. IV/21 des Landesparteitages am 16. 6. 1979 in Herne wird verwiesen.

Gleichzeitig fordert der Parteitag

- die SPD-Landtagsfraktion
- den Kultusminister

auf, noch für das kommende Schuljahr weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Schulunterrichts für Kinder ausländischer Arbeitnehmer sicherzustellen. Es sind dabei vorrangig zu lösen

- Veröffentlichung von Informationsschriften für die ausländischen Eltern, zweisprachig, über die Bildungsmöglichkeiten und die Bildungsabschlüsse im Lande Nordrhein-Westfalen.
- Einschulung von ausländischen Lernanfängern in die Regelklassen **oder** in die Schulkindergärten.
- Die berufliche Bildung und Ausbildung ausländischer Jugendlicher ist zu verbessern und zu intensivieren (u. a. verstärkte Fördermaßnahmen im berufsschulischen Bereich).
- Für deutsche und ausländische Lehrer sind Kontakt- und Fernstudienlehrgänge sowie verstärkt Fortbildungsmaßnahmen anzubieten, dabei sind den beteiligten Lehrkräften ab 1. 8. 1980 für die verpflichtenden Fortbildungsmaßnahmen entsprechende Pflichtstundenermächtigungen einzuräumen.
- Zusätzliche Pflichtstundenermächtigungen sind für Schulen mit hohem Anteil an Kindern ausländischer Arbeitnehmer bzw. mit Vorbereitungsklassen zu gewähren.
- Möglichkeiten zur Entwicklung von Lehr- und Lernmitteln sowie von Arbeitsmitteln zu schaffen.

Begründung:

Die Zukunftsperspektiven der ausländischen Kinder und Jugendlichen werden schon seit Jahren als bedrohlich beschrieben.

Einiges wurde bereits unternommen, um die Situation zu verbessern. Gleichwohl ist die Gegenwart und die Zukunft der ausländischen Kinder und Jugendlichen alarmierend. Die Chancen der Ausländerkinder an Bildung und Ausbildung sind schwer; sie bestehen faktisch nur für einen kleinen Teil.

Die Belastungen in jüngster Zeit fordern neue Handlungspunkte und verdeutlichen, daß sich eine neue Problem- und erweiterte Zielsetzung einstellt.

Die Interessenlage und das tatsächliche Verhalten der Ausländerfamilien belegen, daß die Ausländer in unseren Schulen die gleichen Chancen und Fähigkeiten erhalten wollen, wie deutsche Kinder; sie wollen insbesondere auch an beruflicher Qualifikation durch eine erfolgreiche Berufsausbildung teilhaben.

Es liegen berechnete Ansprüche an die Gesamtgesellschaft vor; nur so dürfte es unseren ausländischen Mitbürgern ermöglicht werden, sich als gleichberechtigte Partner in unserer Gesellschaft zu fühlen und sich behaupten zu können.

Die besonders drängenden Fragen müssen jetzt und sofort gelöst werden; konkretes Handeln für die junge Ausländergeneration im Bildungsbereich tut not.

Wortlaut der EntschlieÙung

Wir Sozialdemokraten im Land Nordrhein-Westfalen sind besorgt und empört über die nicht nachlassenden öffentlichen Angriffe auf den WDR und aktuell auf die WDR-Jugendsendung „Radiothek“ und die jüngst verwaltungsintern verfüigten Maßnahmen und Einschränkungen gegen dieses kritische und bei den jungen Hörern außerordentlich beliebte Magazin.

Auch die Jugend hat ein Recht auf eine Sendung, die sich mutig und engagiert mit ihren Problemen auseinandersetzt und in der sie unmittelbar zu Wort kommt. Dazu ist die Form der Live-Sendung unabdingbar.

Wir sehen in den Maßnahmen gegenüber der „Radiothek“ den Versuch, dem Druck von rechten politischen Kräften zu entgehen. Diesem Druck ist der Einsatz für freie MeinungsäuÙerung im Rund-

funk entgegenzusetzen, anstatt selber die Rundfunkfreiheit einzuschränken.

Wir protestieren gegen die Unaufrichtigkeit jener führenden Unionspolitiker, die unter der demagogischen Formel der „Ausgewogenheit“ in einer medienpolitischen Offensive einmaligen Ausmaßes den NDR zerschlagen haben und sich nun anschicken, die Rundfunkfreiheit des WDR zu untergraben.

Wir fordern die Verantwortlichen beim WDR auf, diesem — angesichts der bevorstehenden Landtagswahl — enorm gestiegenen Druck der rundfunkpolitischen Gleichmacher standzuhalten und das Verbot der für die „Radiothek“ unverzichtbaren Live-Sendungen aufzuheben.

In ihrem Kampf für die Rundfunkfreiheit gehört den Mitarbeitern des WDR unsere volle Unterstützung und Solidarität.



5. Schlußwort

Johannes Rau:

„Liebe Genossinnen und Genossen,

wer so fleißig und so diszipliniert gearbeitet hat wie dieser Parteitag, den soll man nicht mit einem langen Schlußwort bestrafen. Wir alle wollen nach Hause. Und ich will deshalb nur ein paar Sätze sagen und wenn Ihr mir die noch zuhört, dann bin ich Euch dafür dankbar.

Die erste Bemerkung: Je rationaler unsere Parteitage werden, desto mehr Helfer brauchen wir, die Ihr im Saal nicht seht. Denen sollten wir danken, daß sie uns so intensiv geholfen haben. Was da an Schreibarbeit, an Vervielfältigung, was da an Transport und Sicherheit geleistet werden muß, ist eine ganze Menge. Die Helfer tauchen nie auf unter uns, aber sie sollten von einer Arbeitnehmerpartei jedenfalls wissen, daß wir das nicht nur einfach zur Kenntnis nehmen oder einfach hinnehmen, sondern daß wir wissen: ohne sie könnten wir unsere Arbeit nicht tun.

Zweitens: Das gilt verstärkt für Antragskommission, Mandatsprüfungskommission, Präsidium des Parteitages, für all diejenigen, die für die reibungslose und politisch wichtige Arbeit die Voraussetzung geschaffen haben.

Eine zweite Bemerkung: Wir haben heute Personalentscheidungen getroffen. Ich selber habe ein Ergebnis bekommen, das mich bewegt und beschämt hat. Ich möchte Euch allen ganz herzlich für diesen Vertrauensvorschuß danken und ich will hoffen, daß ich das leisten kann und daß ich das bringen kann, was in diesem Vertrauensvorschuß drinsteckt. Ich sage diesen Dank auch für alle anderen, die Ihr mit Eurem Vertrauen heute ausgestattet habt und füge hinzu: Natürlich sind alle diese Listen Kompromisse und natürlich gibt es dabei zurückgestellte Wünsche und Erwartungen. Mancher hatte mehr erhofft und fühlt sich nun abgeschnitten auf seinem Weg. Ich möchte Euch bitten, dieses Gefühl nicht zu Narben werden zu lassen und mit dafür zu sorgen, daß die heute erwiesene Geschlossenheit für uns alle gilt und nicht eine Samstags-, eine Feierabend- und nicht eine Parteitagsstimmung gewesen ist, sondern daß sie ein Grundgefühl der Partei wird in Nordrhein-Westfalen und daß sie das bleibt.

Mit dieser Geschlossenheit kann uns keiner in die Ecke drängen. Erst wenn wir uns auseinanderdividieren lassen, hat der politische Gegner ein Morgenlüftchen gewittert. Und deshalb bitte ich Euch: Haltet diese Geschlossenheit durch, nicht nur bis zum 11. Mai, sondern bis zur Wiederwahl von Helmut Schmidt zum Bundeskanzler und darüber hinaus.

Damit bin ich bei meiner letzten Bemerkung: Wenn man all diese bewegenden, in der Sache guten, übereinstimmenden Entscheidungen nimmt, und wenn man sich das alles einmal wegdenkt, dann will ich – jedenfalls für mich – sagen: Schon wegen der Rede von Helmut Schmidt war es gut, nach Bochum zu kommen und zu wissen, hier steht an der Spitze der Regierung ein Mann, der nachdenklich und besonnen, der sicher und verantwortlich in dieser schwierigen Zeit für die Bundesregierung und damit für die Menschen in diesem Lande steht. Dieser Mann hat unser Vertrauen und er hat Anspruch darauf, daß wir uns für ihn abrackern bis zum 5. Oktober. Jetzt will ich die Alternativen nicht mehr ausmalen mit Tandler an der Stelle von Baum, mit Dregger an der Stelle von Jochen Vogel, weil der Nachmittag so schön ist. Dies alles will ich nicht mehr sagen. Sondern ich bitte Euch: Grüßt die Genossen in den Unterbezirken und Ortsvereinen, grüßt Eure Angehörigen und bereitet sie darauf vor, daß Ihr in den nächsten Monaten abends oft unterwegs seid und gebt dann die richtigen Gründe an und sagt: das ist für die Partei. Und wenn wir uns sehen, wollen wir uns grüßen, und wenn wir uns sehen, wollen wir uns gegenseitig ermutigen und uns Rückenwind geben, weil wir wissen: wir stehen für eine gute Sache. Und für eine gute Sache zu stehen, das kann einem auch ein bißchen mehr abverlangen, als man nach dem eigenen EKG eigentlich leisten dürfte.

Ich glaube, das war ein guter Tag, nicht nur für die Gewählten. Sondern das wird ein guter Tag werden für den Souverän in diesem Lande: für den stimmberechtigten Bürger. Dem stellen wir uns und dem geben wir Rechenschaft.

Glückauf!"